

Anlage zu TOP 5.3 der Ratssitzung am 14.04.2010

Stellungnahme der JA-Fraktion zum Haushalt 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst danken wir Herrn Voigt und seinem Team für die diesjährigen Haushaltsberatungen mit unserer Fraktion.

Eine wahre Explosion des städtischen Fehlbedarfs, auf rund 8 Millionen EUR, kennzeichnet den diesjährigen Haushaltsentwurf. Angesichts der Masse an betroffenen Nothaushalt-Kommunen trägt die Stadt keine alleinige Schuld an der Finanzmisere, an der Höhe jedoch sehr wohl. Großprojekte wie die Martinskirche und das Museum der Badekultur schlagen sich genauso im Defizit nieder wie kleinere Sünden, etwa wie die Anmietung der Geschichtswerkstatt.

Das nächste Großprojekt, die Landesgartenschau, steht vor der Tür. Anders als bei den gerade erwähnten Beispielen stehen wir vom Grundsatz her weiterhin hinter diesem Vorhaben.

Es muss jedoch unter demokratischen Gesichtspunkten auch ausgesprochen werden, was jeder Zülpicher Bürger schon jetzt für Opfer bringen muss, damit uns die Aufsichtsbehörde das Zülpicher Sommermärchen in 2014 weiter träumen lässt.

Laut Aussage des Bürgermeisters fallen für die Vorbereitungen der Landesgartenschau in diesem Jahr lediglich Kosten in Höhe von 135.000 EUR an, was sicherlich den Defizit-Braten nicht noch fettiger macht.

Doch die Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 400.000 EUR, die wir eigens für die LaGa bis zum Jahr 2014 jährlich umsetzen müssen, schmerzen dagegen sehr.

Als Beispiele seien hier die Festlegung auf winzige Summen bei der Gebäudeinstandhaltung, Einschnitte bei der Straßensanierung, sowie ein im Durchschnitt verdoppelter Elternbeitrag für die Stadtranderholung genannt. Ob beispielsweise unsere Straßen nach dem harten Winter diese Einsparungen vertragen, ist stark zu bezweifeln.

Auch auf das städtische Personal kommen schwierige Zeiten zu. Bei der Lektüre des neuen Personalkonzeptes bekommt man den Eindruck, als hätte Roland Berger den Füllfederhalter geschwungen. Selbst Tariferhöhungen müssen durch Stellenkürzungen aufgefangen werden, obwohl die Zitrone doch eigentlich schon ausgepresst wurde. Neu zu besetzende Stellen werden möglichst niedriger eingruppiert. Hier sehen wir auf Dauer eine Gefahr für die Qualität unseres Personals. Ich möchte die weiteren Maßnahmen nicht alle aufzählen, eine davon liegt uns aber besonders schwer im Magen: Die Stadt Zülpich bildet auf Dauer keine Azubis mehr aus, was wir als verheerendes Signal wahrnehmen. Unsere Fraktion stimmt deshalb in diesem Jahr auch erstmals dem Stellenplan nicht zu.

Die Bürgerinnen und Bürger durften im letzten Jahr gleich drei Mal zur Wahlurne, zurzeit hängen schon wieder mehr oder weniger attraktive Gesichter an jeder Straßenlaterne, damit der Bürger seiner Pflicht am 9. Mai hoffentlich noch einmal nachkommen wird. Warum erzähle ich Ihnen das in einer städtischen Haushaltsdebatte? Ganz einfach!

Die Mehrheit dieses Zülpicher Rates möchte, anders als in vielen anderen Städten und Regionen dieses Landes, die Bürger in Zülpich erst zur Bundestagswahl im Jahr 2013 wieder über ihre Meinung befragen.

Das sehen wir bekanntlich anders und wiederholen gebetsmühlenartig unsere Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung vor Ort.

Schon die Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung zum Haushalt in Zülpich gerät unter Bürgermeister Albert Bergmann zum Staatsakt. Erst wandelte der Bürgermeister in einer rechtlichen Grauzone, in dem er sein Wort über das eines Ratsbeschlusses hob und dann hielt er sich an eben jenes Wort erst nach über einem Jahr Verspätung. Das erinnert mich irgendwie an eine staatstragende Person, die vor kurzem 80 Jahre alt wurde.

Die Veranstaltung fand nun vor einer Woche endlich statt und was macht der Verwaltungschef im Vorfeld? Weniger als eine Woche vor der Veranstaltung wurden die Bürger in einer Randnotiz im Amtsblatt über die Veranstaltung informiert.

Die Presse wurde durch uns so frühzeitig wie möglich auf die Veranstaltung hingewiesen, von der Verwaltung jedoch erst unmittelbar vor der Veranstaltung. Zu einem Presse-Hinweis in der Tageszeitung wäre es ohne uns also auch nicht gekommen. Das Bürgerinteresse hielt sich schließlich in Grenzen, die Veranstaltung kann aber durchaus als informativ und erfrischend gewertet werden, was zum einen am guten Vortrag des Kämmerers lag, aber auch an den Beiträgen der anwesenden Bürger. Erfreulicherweise zeigte der Bürgermeister die Bereitschaft, diese Bürgerinfo zum Haushalt zu etablieren und künftig umfangreicher zu bewerben.

Man darf gespannt sein, ob der Hinweis auf die angekündigte Bürgerinformationsveranstaltung zum geplanten Bau einer Mensa mit Mehrzweckhalle bereits eleganter im Amtsblatt angekündigt wird. Die betroffenen Bürger befürchten allerdings mittlerweile, dass mit dieser Veranstaltung vermutlich das Richtfest gemeint ist, da bis zum Ende der Beschwerdefrist des B-Plans keinerlei Bürgerinfo seitens der Stadt erfolgt ist. Wie unsere Fraktion ansonsten zu dieser Maßnahme und insbesondere zum Standort steht, ist hinlänglich bekannt.

Ein Erlebnis bei meinen ungewöhnlich häufigen Bürgergesprächen in den vergangenen Monaten hat mich besonders nachdenklich gemacht: Im Gespräch über das Rekorddefizit der Stadt in diesem Jahr, das Haushaltssicherungskonzept und die Genehmigung der Kommunalaufsicht sagte mir ein Bürger: „Das wird doch sicher nicht genehmigt werden“ Auf meine Antwort, dass unser Haushaltssicherungskonzept auch gar nicht genehmigungsfähig sei und wir uns deshalb in der vorläufigen Haushaltsführung, sprich Nothaushalt befinden, reagierte der Bürger mit Fassungslosigkeit.

Was uns als Politiker, Macht der Gewohnheit, teils locker über die Lippen geht, ist für den Bürger mit einem Privathaushalt nicht mehr nachvollziehbar.

Das Gros der Gemeinden ist nicht nur überschuldet, sondern hat auch auf absehbare Zeit keine Perspektive, ein untragbares jährliches Defizit nachhaltig abzubauen. Uns fehlt ein Peter Zwegat für die Politik- Raus aus den Schulden!

Natürlich ist es richtig, wenn Bürgermeister von der Kommune bis zum Städtetag ihr Leid über Maßnahmen von „Oben“ klagen. Doch sind nicht auch die Bürgermeister, gerade der etablierten Parteien, Teil des Systems? Kann es denn sein, dass eine Schwarz-Gelbe Koalition vor kurzem ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschiedet, was vor allem Länder und Kommunen belastet und unser CDU-Bürgermeister so spricht, als hätte er mit seinen Parteiliebenden nichts gemein? Warum stimmen Kommunalpolitiker wie Detlef Seif, sobald sie die Fronten gewechselt haben, solchen Gesetzen zu?!

Es gibt einige Gründe, den diesjährigen Haushalt abzulehnen. Die gerade erwähnte Argumentation zum nicht genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept ist ein Weiterer.

Die JA-Fraktion lehnt deshalb den Haushalt 2010 ab!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Timm Fischer
Fraktionsvorsitzender JA